Gut, haben wir darüber geredet

EU, Neutralität, USA – die Schweiz streitet seit Jahrzehnten über dasselbe, mit denselben Argumenten, wie Protokolle einer gewichtigen Runde zeigen, die sich regelmässig im Berner Hotel Bellevue traf. Doch ist diese Vergesslichkeit zu beklagen? **Von Caspar Hirschi**

Man stelle sich die Schweizer Politik der letzten dreissig Jahre als glückliche Gesprächsrunde in einem Heim für Demenzkranke vor. Jeden Morgen lancieren die Bewohner mit neuer Energie dieselben alten Debatten, beschwören dieselben Ängste, erfinden dieselben Wortbilder, und jeden Abend sinken sie mit der Gewissheit ins Bett, eine entscheidende Schlacht zur Rettung der Schweiz geschlagen zu haben.

Betreut werden sie nicht von Ärzten und Pflegekräften, sondern von Historikern und Journalisten, die ihnen abwechselnd argumentative Versatzstücke aus dem Kalten Krieg verfüttern und Impfungen gegen Mythengespinste verabreichen. Draussen mag sich die Welt noch so verändern, drinnen tobt der rasende Stillstand der ewig gleichen Debatten: über Europa, über Sinn und Unsinn der Neutralität, über die Launen Washingtons und die Gefahr aus Moskau.

Ist die Vorstellung komplett daneben? Nicht ganz, wenn man die Protokolle einer ebenso gewichtigen wie diskreten Runde liest, die sich zwischen 1961 und 1985 im Berner Hotel Bellevue traf. Die meisten Schlagworte der heutigen Politik fielen schon in dieser Runde, die noch alles andere als vergesslich war. 1962 mahnt ein Völkerrechtler, Brüssel mache die Schweiz zum «Satelliten» mit einer «Mitgliedschaft zweiten Ranges»; ein Handelsdiplomat fordert statt eines blossen Vetos «ein aktives Mitspracherecht» in Europa. 1965 beruft sich ein Genfer Liberaler gegen den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte auf das Verbot «fremder Richter» im Bundesbrief. Und 1970 mahnt ein Nationalrat, die Schweiz dürfe in Brüssel nicht den Eindruck erwecken, sie wolle «die Rosinen aus dem Kuchen der Integration herauspicken».

Samstägliche Runde im «Bellevue»

Die Runde trug den unscheinbaren Titel «Arbeitsgruppe Historische Standortbestimmung»; im Entwurf war sie noch eine «politische» gewesen. Aussenminister Friedrich Traugott Wahlen, Vater der «Anbauschlacht», tat den Unterschied als «Spitzfindigkeit» ab: Geschichte und Politik seien verschränkt wie die Finger gefalteter Hände. Tatsächlich sprachen Politiker, Diplomaten, Journalisten und Historiker im «Bellevue» dieselbe Sprache. Geschichte stand hier noch für höhere Staatskunst, nicht für Fachwissenschaft.

Anlass zur Gründung der Gruppe war das Gesuch der Schweiz um Assoziation mit der jungen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Sie tagte an zwei oder drei Samstagen im Jahr, stimmte nie ab und hinterliess nur Protokolle. Ihr Spiritus Rector war der in Brasilien geborene Spitzendiplomat Albert Weitnauer, auf dessen Einladung fünf amtierende Bundesräte von SP, FDP und BGB (heute SVP) teilnahmen. Den Ton gaben Historiker an: der Basler Herbert Lüthy, liberaler Frankreich-Kenner und ETH-Professor, der Berner Walther Hofer, Fachmann für den Nationalsozialismus und SVP-Nationalrat, und Jacques Freymond, Direktor des Genfer Hochschulinstituts für internationale Studien.

Hofer, lange ein Verteidiger der Neutralität, stellte 1983 kritisch fest, diese sei für einen grossen Teil des Volkes «ein Mythos» geworden. Lüthy fragte «brutal» zurück: «Sind wir neutral und neutral zwischen wem?» Früher sei das klar gewesen: zwischen Konfessionen und Nachbarnationen, deren Gegensätze das Land bei einer Parteinahme zerrissen hätten. Im Kalten Krieg aber sei die Schweiz «auf leisen Sohlen auch institutionell in diesen Westen integriert», und die Neutralität sei zur «magischen Formel» geworden, mit der man alle Probleme für erledigt halte, «um desto eifriger in allen internationalen Fragen Partei zu ergreifen». Noch näher an der Gegenwart war Lüthy mit der Aussage: «Einsame Neutralität als solche, ohne Bezugssystem, ist ein sinnloser Begriff.»

Im Hotel Bellevue lagen schon alle Argumente auf dem Tisch, mit denen das Schweizer Stimmvolk kürzlich Christoph Blochers Neutralitätsinitiative versenkt hat. Der Völkerrechtler Luzius Wildhaber mahnte 1983, als Staatsziel mache die Neutralität jede «noch so geringfügige Setzung neuer Akzente» zur «Verfassungsritzung»; für die Gründer des Bundesstaats sei sie ein blosses «Mittel zum Zwecke» gewesen. Wildhaber hatte sein Referat von 1983 bereits mit dem Befund eröffnet, es gebe «nichts Neues unter der Sonne».

1984 klagte Lüthy, mit dem Wort Europa gehe es ihm wie mit einem Stück Seife, das ihm in der Badewanne durch die Finger rutsche. Brüssel war für ihn «ein Gebirge von Behörden und Instanzenwegen» mit «astronomischen Subventionssummen». Es ist das Bild vom bürokratischen Monstrum, das EU-Kritiker seither gebetsmühlenhaft beschwören, als nähme die Regulierungsdichte hierzulande nur wegen Europa zu. Ebenso aktuell klingt Lüthys Befund, für die Schweiz werde sich «kaum etwas am alten Grundproblem ändern: stets nach Möglichkeit mit in dem Ding zu sein, ohne politisch mit darin zu sein».

Am lautesten hallt das Echo von damals beim Blick über den Atlantik nach. 1970 sah Raymond Broger, CVP-Nationalrat und Innerrhoder Landammann, den Isolationismus in den USA «unverkennbar im Vormarsch»; in Europa gehöre es «bereits zum guten Ton, die USA zu beschimpfen und den Präsidenten als den grössten Dummkopf hinzustellen». Gemeint war Richard Nixon. Weitnauer berichtete, Nato-Staaten erwögen, die Stationierungskosten der Amerikaner pauschal zu zahlen, um «sich sozusagen eine amerikanische Söldnerarmee in Europa zu halten». Broger fragte sogar, ob «die gegenwärtige Staatsform der Vereinigten Staaten gesichert» sei oder ein Staatsstreich drohe.

Ebenfalls schon 1970 spekulierte Rudolf Bindschedler, Rechtsberater des Aussendepartements und Namensgeber einer strengen Neutralitätsdoktrin, über die Folgen eines Zusammenbruchs der Sowjetunion: Die Amerikaner hätten ihre «Rücksichtslosigkeit vor allem bei der Verfechtung wirtschaftlicher Interessen schon mehrfach gezeigt» und würden «den Druck zweifellos verstärken, wenn auf der Gegenseite die Macht schwinden würde». Denn: «Der Kleinstaat lebt von den Gegensätzen unter den Grossen.» Nach 1990 bewahrheitete sich die Prognose im Streit um nachrichtenlose Vermögen und das Bankgeheimnis; Trumps Zölle sind nur das jüngste Kapitel.

Auch gegenüber Europa sah Bindschedler die Schweiz am kürzeren Hebel: Wer abseitsstehe, müsse dem «Trend» der Gemeinschaft ohnehin folgen, habe aber «keinerlei Einflussmöglichkeiten»; als Mitglied gewinne sie wie Luxemburg mehr Gewicht, als ihr formell zustehe. Er verstehe nicht, warum ihr «das Verständnis für eine solche supranationale Gewalt in Europa so sehr fehlt». Ausgerechnet der Hüter der strengen Neutralität warb also für den Beitritt. In der Europapolitik ging Pragmatik noch vor Dogmatik.

Grossmächte handeln «auf brutale Weise»

Ebenso fürchtete die Runde den umgekehrten Fall, dass sich die Grossen über die Köpfe der Kleinen hinweg einigten. 1973 mahnte Freymond, Nixon und Breschnew regelten Probleme oft «auf brutale Weise», was «für die kleinen Länder gefährlich» sein könne. Weitnauer hoffte, die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa helfe, einen «allzu krassen Bilateralismus der Supermächte (…) über den Kopf Europas hinweg» zu verhindern. Heute versetzen Trump und Putin mit angekündigten Ukraine-Deals die europäischen Hauptstädte in permanente Aufregung, und Europa wird zum Fly-over-Country ihrer Emissäre.

Hofer nannte sich 1984 in Anlehnung an Friedrich Schlegel einen «rückwärtsgewandten Propheten». Das war selbstironisch, aber nicht falsch. Prophetisch wirkten er und seine Kollegen ungewollt, mit Einsichten in ihre Zeit, die spätere Generationen immer wieder als eigene Weisheiten zum Besten gaben. Entstanden aus vertraulichen Suchbewegungen, die kaum vorgefasste Meinungen bestätigen mussten, sind sie heute zu Formeln erstarrt, die festgefahrene Positionen markieren.

Warum wollten Bundesräte und Diplomaten überhaupt hören, was Historiker zu sagen hatten? Die interessantesten unter ihnen waren scharfe Beobachter ohne Scheuklappen, die politische Erfahrung hatten und in der Welt herumgekommen waren. Lüthy erörterte die Probleme der Entwicklungshilfe im postkolonialen Südostasien mit derselben Genauigkeit, mit der er Lösungen für die Jurafrage entwarf. Hofer, der vor seinem Ruf an die Universität Bern in Berlin und New York gelehrt hatte, empfahl der Schweiz die Alte Eidgenossenschaft als Modell für ihr Verhältnis zu Europa: ein Vertragssystem «nicht von der Stange, sondern nach Mass». Im «Europa der zwei Geschwindigkeiten» solle sie «neue Möglichkeiten politischer Zusammenarbeit» prüfen. Der bilaterale Weg war 1984 schon skizziert.

Weitnauer nannte die Gruppe 1978 «apolitique». Das war sie nicht. Sie bereitete Regierungsentscheide vor, ihre Mitglieder sollten 1972 als «berufene Bildner der öffentlichen Meinung» für den Freihandel mit der EWG werben, und sie repräsentierte die bürgerliche Mitte. Der sozialdemokratische Aussenminister Pierre Aubert mied sie, weil er in ihr ein Instrument der Neutralitätspolitik sah. Und sie war eine Männerrunde: Zu rund fünfzig Männern stiess 1976 eine einzige Frau, die CVP-Nationalrätin Gertrud Spiess. Als sie 1979 mahnte, im revolutionären Iran seien die «Fortschritte im Bereich der Emanzipation der Frau» besonders gefährdet, fiel ihr Votum «versehentlich» aus dem Protokoll.

Zu den prominenten Abwesenden gehörte der Mediävist Marcel Beck, Pionier der mythenkritischen Nationalgeschichte und Kantons- und Nationalrat der Demokraten. 1952 wollte er in einer Rede zum 1. August die Neutralitätspolitik hinterfragen. Die NZZ unter Chefredaktor Willy Bretscher beschwerte sich vorab beim Zürcher Erziehungsdirektor. Beck strich die Passage und warnte stattdessen vor «dunklen Mächten» im Land, darunter Kartelle, Verbände, Gewerkschaften und die NZZ-Redaktion. Bretscher sass später im «Bellevue», wo Weitnauer 1983 erklärte, ohne Mythen «würde die Schweiz nicht existieren».

Meinungsforscher ersetzen die Historiker

Da war die Runde schon angezählt, und der Nachfolger des Historikers als politischer Berater scharrte längst mit den Füssen unter dem Tisch. 1977 forderte der Politologe Daniel Frei, der 1971 erstmals eingeladen worden war, in einer programmatischen Rede eine neue, von der Meinungsforschung angeleitete Informationspolitik. Lüthy hielt dagegen: «Gerade für die Aussenpolitik kann nicht Meinungsforschung, sondern nur Staatsraison der Ausgangspunkt des Entscheidungsprozesses sein.» Freis Traum einer wissenschaftlich vermessenen Politik sollte sich in der Innen-, nicht in der Aussenpolitik erfüllen.

Den Schlusspunkt setzte die Uno-Abstimmung. Ab 1969 hatte die Runde über den Beitritt debattiert. Im März 1986 ging die Vorlage mit drei Vierteln der Stimmen bachab. Gescheitert war damit das Modell, für das die Runde stand: eine Elite, die nach Staatsräson vorspurt, und ein Volk, das überzeugt nachfolgt.

Die Gruppe löste sich ebenso geräuschlos auf, wie sie entstanden war. An ihre Stelle trat die Demoskopie, die seit 1977 jede Volksabstimmung vermisst. Sie bot sich der Politik als Navigationsgerät an, das den Parteikapitänen präzise sagt, wo sie sich befinden. Nur vergassen die Beratenen vor lauter Standortbestimmung, wohin sie fahren wollten. Sie stiegen vom schweren Tanker der Staatsräson auf wendige Fischkutter um und tuckerten auf Stimmenfang im Kreis herum. Alles beginnt sich um den Köder zu drehen, und der besteht meist aus altem Fisch. Die Hektik des Dauerwahlkampfs begünstigt bewährte Lockstoffe, nach denen das Publikum reflexartig schnappt. Kürzlich widmete die SRF-«Arena» dem Wahlbarometer eine ganze Sendung – ein Jahr vor den Wahlen und bei Verschiebungen im untersten Prozentbereich.

Politisch engagierte Historiker nahmen sich derweil ein Vorbild an Marcel Beck und knöpften sich die Mythen der Geistigen Landesverteidigung vor. Nach der Fichen- und der Nazigold-Affäre roch die Beraterrolle im «Bellevue» nach Kollaboration; dringlicher schien die mythenkritische Entkleidung des helvetischen Machtkörpers aus der Distanz. Auf geschichtlichem Terrain errangen die Historiker einige wichtige und viele leichte Siege; Rütlischwur, Marignano und Reduit wurden mehrfach entzaubert. Nur die politische Schlacht ging verloren. Die Mythenkri-

> Die Schweiz lässt viermal im Jahr abstimmen, beantwortet die grossen Fragen aber nie endgültig.

ILLUSTRATION BENJAMIN HERMANN FÜR NZZAS

tik wurde zur Begleitmusik für den Siegeszug der SVP. Heute schmücken Hellebarden jeden Parteianlass, und der SVP-Bundespräsident punktet mit einem roten Käppi, auf dem «Switzerland – Great since 1291» steht. Ein Herbert Lüthy hätte sofort erkannt, woran seine nachgeborenen Kollegen gescheitert sind. Schon 1965 hatte er gemahnt, die Schweiz habe «keinen Anlass, allzu pedantisch über nationale Mythenbildungen zu spotten», denn dem Gegner falle es «zu leicht», «Spott mit Spott zu vergelten». Die Hellebarde ist der Spott der SVP über uns Historiker.

Erst die Krisenkaskade nach 2020 machte die Zeit reif für ein neues Experiment in alten Rollen. Die Politik suchte im Dauerstress wieder den weiten Zeithorizont, die Geschichtswissenschaft den Austausch mit den Verantwortungsträgern. 2021 rief Bundeskanzler Walter Thurnherr eine «Arbeitsgruppe für Historische Standortbestimmung 2.0» mit einem Dutzend Geschichtsforschenden aus allen Landesteilen ins Leben, angeregt von Sacha Zala, der als Direktor der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz die «Bellevue»-Protokolle edierte. Man traf sich im Von-Wattenwyl-Haus, nun auch mit Bundesrätinnen und Historikerinnen in gewichtigen Rollen. Und worüber wurde diskutiert? Über die Neutralität, Europa und die Rolle der Schweiz in der Welt. Die Historiker argumentierten politisch, die Politiker historisch, als hätte die «Bellevue»-Runde am Abend zuvor getagt. Nur protokolliert wurde nichts. Mit Thurnherrs Rücktritt endete das Experiment Ende 2023 nach gut zwei Jahren. Auch das passt ins Bild des Demenzheims: Die erste Runde tagte ein Vierteljahrhundert und geriet rasch in Vergessenheit, die zweite wurde aus ihren Akten wiederbelebt und verschwand mit ihrem Gastgeber.

Doch wie verträgt sich das Bild der fröhlichen Vergesslichkeit mit einem Land, dem es doch besser geht als vielen anderen Demokratien, die stets mit der Zeit gehen wollen und sich von einem Sturmtief ins andere manövrieren? Politische Demenz hat demokratische Vorteile. Die Schweiz lässt viermal im Jahr abstimmen, beantwortet die grossen Fragen aber nie endgültig. Jede Generation kann sie neu stellen und provisorisch umentscheiden; jede Niederlage ist vorläufig, jeder Abstimmungskampf beginnt bei null. Die Unentschiedenheit im Grossen schafft für die Schweizer Politik pragmatische Freiheiten im Kleinen.

So wird es auch bei den Bilateralen III sein: ein vorläufiger Entscheid von begrenzter Tragweite, ausgefochten als Schlacht ums Überleben der Nation, mit Historikern hüben wie drüben an vorderster Front. Erweckte man Lüthy und seine Historikerkollegen wieder zum Leben, stiegen sie nach kurzem Staunen mit den alten Argumenten ein. Ihr Rat bliebe jener, den Peter Dürrenmatt, Basler Chefredaktor und liberaler Nationalrat, der Runde 1970 gab: «Seien wir optimistisch in Bezug auf unser Handeln, pessimistisch in Bezug auf unsere Erwartungen.»

Caspar Hirschi ist Geschichtsprofessor an der Universität St. Gallen.

Sacha Zala, Yves Steiner, Annina Clavadetscher und Fabien Dubois (Hg.): Der Historiker als Experte. Die Arbeitsgruppe Historische Standortbestimmung 1961–1985. Quaderni di Dodis 23. Bern 2025. 382 S.